

Jean-François-Poncet

Außenminister der französischen Republik a. D.

**Rede zum 5. EuropaAbend
des AGA Unternehmensverbandes**

„Die Europäische Union vor den Herausforderungen
des 21. Jahrhunderts“

1. Dezember 1994

DIE EUROPÄISCHE UNION VOR DEN HERAUSFORDERUNGEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Seit der Beendigung des kalten Krieges durchläuft die Einigung Europas eine Krise, die sicherlich nicht die erste, wohl aber die bei weitem tiefste und ernsthafteste ihrer Geschichte ist. Sie betrifft nicht nur die Institutionen und Staaten, sondern diesmal auch die Bevölkerung ihrer Mitglieder. Zum ersten Mal seit Bestehen des Vertrags von Rom hinterfragt die öffentliche Meinung nicht unbedingt das Prinzip, aber zumindest doch die Modalitäten, nach denen sich die Integration Europas vollzieht. Zweifel ist aufgekommen - und er fällt zusammen mit dem allgemeinen Wiederaufleben des Nationalismus in Europa.

Am Beginn dieser Krise steht das große Erdbeben, das für die Gemeinschaft der Zusammenbruch des Sowjetreiches darstellte. Im Osten führte dies zur Schaffung neuer Demokratien, die nun in die Union aufgenommen werden möchten, deren Beitritt aber eine tiefgreifende Überarbeitung und Änderung der Strukturen und der politischen Linien der Gemeinschaft erfordert. Im Westen löste dies bei einem Teil der öffentlichen Meinung die Frage aus, ob die vom Römischen Vertrag institutionalisierte "Methode einer europäischen Gemeinschaft" dem neuen europäischen Kontext noch

angepaßt sei und ob es nicht Zeit sei, ein "anderes Europa" in Angriff zu nehmen, von dem aber bis heute noch niemand erfolgreich die Umrise festgelegt hätte.

Der Vertrag von Maastricht setzte sich zum Ziel, aus diesen Veränderungen die Konsequenzen zu ziehen und der Gemeinschaft die ihr noch fehlende Dimension der Außen- und Sicherheitspolitik zu geben und die Wirtschaftsunion durch eine Währungsunion zu ergänzen. Diese Vertiefung ist lebensnotwendig und wird den Aufbau Europas um einen wesentlichen Schritt vorwärts bringen.

Aber der Vertrag hat es unterlassen - und das ist sein wesentlicher Fehler - die Institutionen der Union der Erweiterung, die sich bereits am Horizont abzeichnete, anzupassen. Diese große und wichtige Aufgabe haben die Staaten auf die für 1996 einberufene Konferenz der Regierungen verschoben. Aber es ist eine erdrückende Aufgabe, und die Konferenz hat keinerlei Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß, wenn sich die Staaten nicht über die Zielsetzungen oder besser: die Stellung, die sie der Union zuerkennen wollen, einigen.

Alles weist heute darauf hin, daß diese "Existenzfrage" von den Staaten unterschiedlich beantwortet wird. Für Großbritannien kann sich die Union auf das Dasein eines einfachen "Raumes", einer Freihandelszone, beschränken; die Staaten übernehmen alles andere selbst. Für Frankreich und,

ich glaube, auch für Deutschland, sollte Europa den Willen zur Weltmacht haben - ein Anspruch, dem keines seiner Mitglieder allein genügt, der aber einem Gesamteuropa, wenn es sich eint, angemessen ist.

Freihandelszone oder Weltmacht - das ist die Frage, aus der sich alles andere ergibt. Wenn Europa sich damit bescheidet, nur eine Zone freien Handelsaustauschs zu sein, entfällt die Notwendigkeit zur Verstärkung seiner Institutionen, zu einer gemeinsamen Währung, gemeinsamen Diplomatie und gemeinsamen Verteidigung. Will es dagegen ein gleichwertiger Mitspieler auf der internationalen Bühne werden, so muß es sich unbedingt die Mittel geben, dies auch zu erreichen.

Deshalb, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, möchte ich in meinen Ausführungen die zwei großen Fragen beantworten, die meiner Ansicht nach die Zukunft Europas beherrschen:

- Muß Europa ein starkes Europa sein, nachdem die Bedrohung durch die UdSSR weggefallen ist?
- Welche Reformen müssen umgesetzt werden, um Europas Handlungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken bei gleichzeitiger Erweiterung auf neue Mitglieder?

I.

Muß Europa stark sein? In der Euphorie der Beendigung des Kalten Krieges wurde diese Frage gestellt. Heute ist hierüber kein Zweifel mehr zulässig, denn die Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, sind schwerwiegend und zahlreich, und keines unserer Länder hat die Mittel - oder nur den Willen - diese Problematik aufzunehmen.

Vier dieser Herausforderungen scheinen mir besonders schwerwiegend: die Rückentwicklung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas, die großen Unsicherheiten, die auf der Zukunft Rußlands lasten, der steigende Druck, den der Islam an den Mittelmeergrenzen Europas ausübt und die Rückbesinnung und Konzentrierung der Vereinigten Staaten auf den nordamerikanischen Kontinent und Asien.

Der Wohlstand Europas ist bedroht. Die Ursachen für diese Anfälligkeit sind allgemein bekannt. Einige, wie z.B. die starre Unflexibilität unserer Arbeitsgesetzgebung oder die hohen Soziallasten in unserem Lohngefüge sind Sache der Staaten. Andere, insbesondere der Rückstand unserer Spitzenindustrien, können nur auf europaweiter Ebene "therapiert" und angegangen werden. Die Zwölf geben pro Kopf der Bevölkerung mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr, für Forschung aus, wie ihre großen Konkurrenten. Aber diese Ausgaben erfolgen unkoordiniert, sodaß der Vorsprung der Vereinigten Staaten und Japans immer weiter wächst. Schon in

allernächster Zukunft wird Asien ein gefährlicher Konkurrent sein, dem Europa nur durch die Zusammenlegung all seiner Mittel Widerstand leisten kann - wie es dies ja auch schon auf einigen strategischen Gebieten mit Erfolg getan hat. Hätte Europa heute noch eine Flugzeugbau-Industrie, wenn "jeder" Staat seine eigene hätte entwickeln wollen?

Zu den wirtschaftlichen Herausforderungen kommen die politischen hinzu.

Rußland ist von der Anarchie bedroht, die ebenso gefährlich ist, wie der sich dort entwickelnde Nationalismus. Ein geteiltes Europa wird dieses Schicksal nicht beeinflussen können. Es wird für Rußland nur ein zweitrangiger Partner sein, weit abgeschlagen hinter den Vereinigten Staaten, und das amerikanisch-russische Tête-à-Tête des kalten Krieges geht weiter. Ein geeintes Europa könnte ihm finanzielle, technologische und industrielle Hilfe sowie eine entscheidende politische Stütze anbieten. Rußland würde somit für Europa zu einem strategischen Verbündeten ersten Ranges. Europa hat tatsächlich nichts zu gewinnen bei einem ständigen Abbau Rußlands. Sein Interesse muß sein, Rußland als eine Großmacht zu erhalten, das dann in seiner orthodoxen, islamischen und asiatischen Dimension ein Stützpunkt für das zukünftige Europa wird.

Der Islam ist die dritte Herausforderung an Europa - weniger direkt, aber eine ernste Belastung für seine Zukunft.

Die islamische Welt ist heute die große Bühne, auf der eine erbitterte Schlacht um die Vorherrschaft zwischen den etablierten Systemen und den Widerstandsbewegungen tobt, deren Einfluß ständig größer wird. Nachdem Mitte der achtziger Jahre vergeblich eine "Re-Islamisierung" von oben versucht wurde - deren spektakulärstes Beispiel die Ermordung Präsidenten SADATS war - haben sich die Fundamentalisten wieder der Basis zugewandt, und ihre von den Moscheen ausgehende Überzeugungspredigt gewinnt überall an Boden. In Algerien hat sie heute die Form eines Bürgerkrieges. In Palestina setzt die Hamas alles daran, den zwischen Israel und der PLO geschlossenen Frieden zu sabotieren. Es ist nicht Sache Europas, sich in diese Auseinandersetzungen einzumischen. Aber es wäre sehr falsch, den politischen, demographischen und ideologischen Druck zu unterschätzen, dem die europäischen Grenzen ausgesetzt sein würden, wenn der Fundamentalismus auf der anderen Seite des Mittelmeers den Sieg davon trägt. Nun ist aber das geteilte und ohnmächtige Europa tragischerweise abwesend bei den wichtigsten Verhandlungen, von denen die Zukunft der Beziehungen zwischen westlicher Welt und Islam abhängt.

Die Situation wäre anders, wenn Europa - wie zu Zeiten des Kalten Krieges - sich auf die unverbrüchliche Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen könnte. Dem ist aber nicht mehr so! Präsident CLINTON hat uns im vergangenen Frühjahr während seines Besuches an den Stränden der Normandie die

Zusicherung gegeben, daß sein Land in Europa präsent bleiben wird. Jeder freute sich darüber. Aber Clinton selbst ist auch derjenige, der die Priorität ansprach, die die Vereinigten Staaten in Zukunft ihren eigenen innerstaatlichen Problemen geben wollen. Er ist es auch, der Ende vergangenen Jahres auf dem Gipfel in SEATTLE das Hohe Lied des amerikanischen Engagements im Pazifik und Asien sang. Der Sieg der Republikaner bei den soeben gelaufenen Wahlen birgt jede Chance, den Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa noch zu beschleunigen. Wer daran Zweifel hat, möge einmal über die Entscheidung Washingtons nachdenken, sich aus der Solidarität mit seinen europäischen Verbündeten zurückzuziehen und das Waffenembargo gegenüber Bosnien aufzukündigen. Europa muß begreifen: Amerika wird Europa nur noch gegen größere Gefahren, insbesondere nukleare, beschützen - und das erscheint mir völlig normal. Für die Europäer hat die Stunde geschlagen, angesichts der im Osten und Süden aufsteigenden Gefahren ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

II.

Sind die Europäer dazu bereit? Die Frage ist nicht neu, aber die nunmehr unumgängliche Erweiterung der Gemeinschaft auf fast ganz Europa, mit Ausnahme von Rußland, gibt ihr eine neue Dimension und eine neue Dringlichkeit.

Der Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens ist

bereits beschlossen. Gegen Ende dieses Jahrhunderts werden die vier mitteleuropäischen Länder folgen. Die baltischen Staaten, die Staaten Osteuropas sowie Zypern und Malta haben ebenfalls ihre Kandidatur angekündigt - und über kurz oder lang werden ihnen die Türen der Gemeinschaft geöffnet werden müssen.

Es ist einleuchtend, daß eine für Sechs konzipierte Gemeinschaft mit dreißig Mitgliedern nur überleben kann, wenn tiefgreifende Veränderungen vorgenommen werden, die die Konferenz der Regierungen 1996 festlegen muß und die in dem kürzlich von der CDU veröffentlichten, ausgezeichneten Dokument in großen Zügen dargelegt worden sind.

Die Erweiterung zwingt die Union zu einer doppelten Reform: zu einer Reform der Institutionen, um ihnen ihre Entscheidungs- und Aktionsfähigkeit zu erhalten; und zu einer Reform der Zuständigkeiten, um gegen die Zentralisierung in Brüssel zu reagieren, die mit der größeren, im Zuge ihrer Erweiterung immer diversifizierter werdenden Gemeinschaft unvereinbar ist.

1.) Reform der Institutionen.

Meine Damen und Herren, Europa kann nicht stark sein, wenn seine Institutionen schwach sind. Sie sind aber von Lähmung bedroht, wenn die Bestimmungen, die seit Bestehen der Gemeinschaft ihre Arbeitsweise regeln, nicht grundlegend überarbeitet werden, um sie den Konsequenzen der

Erweiterung anzupassen. Jede der drei Institutionen der Union - Kommission, Ministerrat und Parlament - müssen ihre Aufgaben neu konzipieren.

Muß die Kommission zur Regierung der Union werden, wie es die CDU in ihrem Dokument, das ich eben bereits ansprach, vorschlägt? Dieser Vorschlag, den Robert Schumann, Jean Monnet und Konrad Adenauer zweifellos angenommen hätten, trifft in Frankreich auf ernsthafte Vorbehalte - und das nicht nur in Kreisen, die traditionell gegen den Bau Europas sind. Warum? Weil dort die Kommission als ein bürokratisches Gebilde empfunden wird, dessen demokratische Legitimität nur unzureichende Grundlagen hat. Aber auch, weil es uns Franzosen schwierig und in jedem Fall im gegebenen Stadium der geistigen Entwicklung Europas verfrüht erscheint, den Staaten ihre Regierungsverantwortungen zu nehmen. Wir halten es im Augenblick für realistischer, der Kommission ihre zur Zeit bestehenden Zuständigkeiten zu erhalten und zunächst ihre innere Organisation und Arbeitsweise zu verbessern. In diesem Zusammenhang müßten drei Maßnahmen umgesetzt werden: die Verringerung der Anzahl der Kommissare, die Stärkung der Autorität des Präsidenten und das leichtere Einsetzen seiner Verantwortung - nicht nur vor dem Parlament sondern auch vor dem Europäischen Rat.

In welchem Sinne sollten Ministerrat und Europäischer Rat entwickelt werden? Die erste und wichtigste anstehende Reform, ohne die die Union sofort handlungsunfähig würde, ist

die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel. Aber eine solche Entscheidung, die im Prinzip von niemandem bestritten wird, stößt in der Praxis auf ein großes Problem: die Notwendigkeit, die Stimmgewichtung der Staaten zu ändern! Die im Vertrag von Rom festgelegte und bis heute gültige Regelung begünstigt de facto die kleineren Staaten. Zu Sechst ergaben sich aus dieser Disparität keine größeren Schwierigkeiten. Zu Zwölft blieb sie gerade noch tragbar. In einer auf den Rest Europas ausgeweiteten Gemeinschaft, die im wesentlichen von kleineren Ländern gebildet wird, würde sie zur systematischen Minorisierung der großen Länder führen, was für diese unannehmbar und außerdem auch undemokratisch wäre. Machen wir uns klar: die Einigung der kleinen und großen Staaten auf eine neue Regelung der Stimmverteilung wird eine der schwierigsten Aufgaben der Konferenz von 1996 sein!

Im gleichen Maße wird es notwendig sein, die Präsidentschaft der Union zu stärken. Wie soll man sich vorstellen, daß in einer Gemeinschaft mit 24 Mitgliedstaaten der Vorsitz im Europäischen Rat auch weiterhin alle sechs Monate wechselt und daß Länder wie Frankreich und Deutschland nur einmal alle 12 Jahre dieses Amt übernehmen könnten? Die Regelung der sechsmonatigen Rotation müßte also durch die freie Ernennung des Präsidenten des Europäischen Rates für eine Amtszeit von einem und vorzugsweise von zwei Jahren ersetzt werden. Da es aber einleuchtet, daß dieser Modus der Ernennung tendenziell die großen Länder privilegieren wird,

wird er auf den Widerstand der kleinen stoßen.

Es dürfte dagegen leichter sein, sich auf eine Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments zu einigen. Den demokratischen Inhalt der Gemeinschaft zu entwickeln, ist letztlich ein zweiseitiger Wunsch. Er setzt voraus, daß dem Parlament ein Mitentscheidungsrecht in allen legislativen Angelegenheiten zugesprochen wird; das erfordert aber seinerseits, daß der von den Mitgliedstaaten bei den Europawahlen angewandte Wahlmodus vereinheitlicht wird. Wir sollten uns hier nicht allzuviel Illusionen machen: da auf europäischer Ebene weder politische Parteien noch Gewerkschaften, Berufsverbände, Regierung oder Opposition bestehen, wird ein wesentlicher Teil der demokratischen Legitimität auch weiterhin über die Staaten und nationalen Parlamente laufen. Daher erklärt sich das Interesse an der Schaffung eines Europäischen Senats als Vertreter der nationalen Parlamente.

2.) Die Aufteilung der Zuständigkeiten

Die Stärkung der Institutionen der Union ist nicht die einzige Konsequenz, die wir aus der Erweiterung zu ziehen haben. Die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten wird ebenfalls Thema einer grundlegenden Neuordnung sein müssen.

In diesem Zusammenhang durchläuft die Gemeinschaft seit etwa zehn Jahren eine beunruhigende Entwicklung. Der

1957 geschaffenen Grundstruktur wurden durch den Vertrag von Maastricht zwei neue "Pfeiler" hinzugefügt, die anders als die vorherigen Inhalte sind und Regierungscharakter haben: die Außen- und Verteidigungspolitik, und die Innere Sicherheit und Rechtsangelegenheiten.

Zu diesem Nebeneinander der Strukturen kommt nun die ungeordnete Ausweitung der Zuständigkeiten hinzu. Obwohl sie auf jeder Stufe von den Staaten aufgefangen wurde, ist diese Richtungslosigkeit letztlich beängstigend geworden. Sie läßt die Gemeinschaft wie ein riesiges Räderwerk erscheinen, das unaufhaltsam die nationale Souveränität ihrer Mitgliedstaaten inhaltlich aushöhlt.

Angesichts dieser Deregulierung wird die Aufgabe für 1996 klar lauten: den Strukturen der Gemeinschaft die verlorene Kohäsion und Transparenz zurückgeben und zwischen den Staaten und der Union eine Aufteilung der Zuständigkeiten entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip vornehmen.

Im Europa der Sechs konnte man sich vorstellen, daß die Entwicklung der Gemeinschaft im Sinne einer Zentralisierung verlaufen würde. Die Union zu Dreißig wird viel zu heterogen werden, um auf dieser Linie zu bleiben. Sie wird ihre Tätigkeiten auf die wichtigsten Gebiete beschränken müssen und den Staaten eine weitgehende Selbstständigkeit entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip überlassen, das von allen anerkannt aber bisher nur zögernd umgesetzt wird.

III.

Die Stärkung der Institutionen und die Neuverteilung der Zuständigkeiten sind unverzichtbar notwendige Maßnahmen, will die Union ihre Erweiterung überleben. Aber sie reichen nicht aus, um sie auch auf den Weg des Fortschritts zu bringen. Hierzu bedarf es der baldigen Einführung einer einheitlichen Währung und der Schaffung einer politischen Union. Das setzt wiederum voraus, daß - abgesehen von den die ganze Gemeinschaft betreffenden Reformen - die Länder, die fähig und willens sind, untereinander engere Beziehungen aufbauen, ohne dabei auf die anderen Mitglieder zu warten. Dies erklärt das Interesse an einer variablen Geometrie und an der Notwendigkeit, innerhalb der Gemeinschaft die Entstehung eines "harten Kerns" zuzulassen, den die Länder bilden, die entschlossen rascher und weiter den Weg zur Einheit gehen wollen.

Meine Damen und Herren, man kann nicht Europa wollen und die Währungsunion ablehnen. Der Markt ohne Grenzen wird einer Wiederholung der Währungsstürme, wie wir sie 1992 und 1993 erlebt haben, keinen Widerstand entgegensetzen können. Es ist für die Zukunft der Gemeinschaft lebenswichtig, daß die Bestimmungen des Maastrichter Vertrags zur Einführung einer einheitlichen Währung tatsächlich angewandt und die gesetzten Fristen eingehalten werden. Dabei müssen natürlich die vom Vertrag gesetzten Kriterien erfüllt werden. Und wenn bis 1999 nicht alle

Länder soweit sein werden, was leider mehr als wahrscheinlich ist, so wird es den anderen, erfolgreicherem Ländern zufallen, unter sich die Währungsunion zu schaffen, wie sie im Vertrag von Maastricht vorgesehen ist.

Eines der Verdienste der einheitlichen Währung liegt darin, daß sie zwischen den Beteiligten sehr enge Verbindungen schafft, die sie dann auf den Weg zur politischen Union mitreißen. Diese Union ist bis jetzt nur auf der Stelle getreten. Die Bestimmungen des Vertrags von Maastricht zur Außen- und Sicherheitspolitik sind nur eine Aufzählung frommer Wünsche, die in ihrer praktischen Anwendung auf zwei Serien von Widerständen stoßen. Zum einen politische Widerstände: nichts weist darauf hin, daß die Staaten bereit wären, auf ein unabhängiges Agieren auf internationaler Bühne zu verzichten, selbst nicht in den begrenzten Bereichen, wo sie sich engagiert haben. Zum anderen gibt es institutionelle Widerstände: Der Vertrag hat es unterlassen, die für eine europäische Diplomatie, Verteidigung und innere Sicherheitspolitik notwendigen gemeinsamen Instrumente zur Information, Planung und Handlung zu schaffen. Es ist wesentlich, daß diese Unterlassungen so rasch wie möglich korrigiert werden. Sollte sich dies im Rahmen der gesamten Union als unmöglich erweisen, müßte man sich zu einer Umsetzung in kleinerem Kreise entschließen.

XX
X

Meine Damen und Herren, man müßte sehr naiv sein, zu glauben, daß die von mir aufgezeigten Reformen 1996 problemlos zu realisieren seien.

Sie werden auf einen dreifachen Widerspruch treffen.

Widerspruch Großbritanniens, das mehr denn je entschlossen ist, sich jeder föderalen Entwicklung Europas zu widersetzen. Widerspruch der nationalistischen Kräfte, die überall erwachen und den Reformeifer der Regierungen dämpfen werden. Schließlich auch Widerspruch der kleinen Staaten, die nicht bereit sind, auf die ihnen vom Römischen Vertrag zugesprochenen Privilegien zu verzichten, die ja auch den Erfolg der Gemeinschaft der Sechs nicht behindert haben, die Union aber völlig lahmlegen würden, wenn sie nach der künftigen Erweiterung beibehalten würden.

Möglicherweise gibt es 1996 einen Sprung nach vorn - wir sollten alles dafür einsetzen. Aber wenn es uns nicht gelingt, wenn das Veto Großbritanniens oder das Nein einer Gruppe von Ländern die Union daran hindern, die für ihre Zukunft entscheidenden Reformen durchzusetzen, dann wird es Sache Frankreichs und Deutschlands sein, gemeinsam mit den Ländern, die sich ihnen anschließen wollen, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wird es darum gehen, den "harten

Kern", der sich um die einheitliche Währung bilden wird, in eine beständige Einrichtung umzuwandeln, die allerdings für weitere Beitritte ständig offenbleibt? Es ist müßig, heute so etwas präzisieren zu wollen. Es genügt, daß die Entschlossenheit unserer beiden Länder, das bisher geschaffene Europa nicht auseinanderfallen zu lassen, deutlich formuliert und an das wahre Ziel dieses Werkes immer wieder erinnert wird. Dieses Ziel, meine Damen und Herren, ist die Schaffung eines Europa, das die Identität und Vielschichtigkeit seiner Mitglieder achtet, und das als ein Pol der Stabilität und Macht fähig ist, sich als gleichwertiger Partner neben den Vereinigten Staaten, Japan, China und Rußland an der Verantwortung und Führung des Schicksals unseres Planeten zu beteiligen.